

STELLUNGNAHME zum Antrag	Gremium:	44. Plenarsitzung des Gemeinderates
CDU-Gemeinderatsfraktion	Termin:	13.11.2007
vom: 19.09.2007	Vorlage Nr.:	1172
eingegangen: 21.09.2007	TOP:	8
	Verantwortlich:	öffentlich Dez. 3
Siedlung Kleinseeäcker		

Stellungnahme des Bürgermeisteramtes - Kurzfassung -

Um den genannten Entwicklungen entgegenzusteuern, wird das Dezernat 3 in Abstimmung mit den zuständigen Ämtern dem Sozialausschuss in seiner ersten Sitzung 2008

1. ein Konzept zur gezielten Förderung der Kinder und Jugendlichen sowie deren Familien,
2. ein Maßnahmenprogramm zur Verbesserung des Wohnumfeldes (Kinderspiel-, Bolzplatz, LKW-Standplatz, Zufahrtswege sowie Müllentsorgung)

zur Diskussion vorlegen.

Um die Bewohner/-innen angemessen zu beteiligen, wird das Dezernat 3 eine Befragung durchführen und hierauf basierend Bewohner/-innen-Versammlungen.

Finanzielle Auswirkungen				nein <input type="checkbox"/>	ja <input checked="" type="checkbox"/>
Gesamtaufwand der Maßnahme	Einnahmen (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)		
derzeit nicht einschätzbar					
Haushaltsmittel stehen nicht zur Verfügung. Ergänzende Erläuterungen:					
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am		
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit		

Mit dem Gesamtkonzept „Wohnungslosenhilfe '97“ initiierte der Karlsruher Gemeinderat in seiner Sitzung vom 13.05.1997 eine Aufgabe, die in sozialer und baulicher Hinsicht in Bezug auf die darin enthaltenen Wohngebiete mit Entwicklungsbedarf auf etwa 20 Jahre angelegt ist. Dem Gemeinderat wird seitdem im Zweijahresrhythmus ein Sachstandsbericht vorgelegt. Der Vierte Sachstandsbericht (2005) hatte auf der Basis einer Befragung der Bewohner/-innen in Kleinseeäcker festgestellt:

- Überdurchschnittliche Bevölkerungszunahme,
- Zunahme an allein erziehenden Haushalten,
- überproportionaler Anteil an Kinder und Jugendlichen im Vergleich zur allgemeinen Wohnbevölkerung,
- Anstieg der Sonderschulquote bei Kindern und Jugendlichen,
- geringster Auszugswunsch (8,5 % der Haushalte) seit 1996.

Die daraufhin beschlossene Maßnahme, auszugswilligen Familien Umzugshilfen zu leisten – auch unter Zuhilfenahme des gleichzeitig vom Gemeinderat beschlossenen Programms der Fachstelle Wohnungssicherung „Wohnraumakquise durch Kooperation“ –, verfehlte ihre Wirkung.

Zu den sozialen Bedarfen entwickelte sich darüber hinaus im direkten Wohnumfeld ein baulicher Bedarf, was Bolz-, Kinderspielplatz auf der einen Seite sowie Müllentsorgung, Zufahrtswege und LKW-Standplatz auf der anderen Seite anbelangt.

Um den genannten Entwicklungen entgegenzusteuern, wird das Dezernat 3 in Abstimmung mit den zuständigen Ämtern dem Sozialausschuss in seiner ersten Sitzung 2008

1. ein Konzept zur gezielten Förderung der Kinder und Jugendlichen sowie deren Familien,
2. ein Maßnahmenprogramm zur Verbesserung des Wohnumfeldes (Kinderspiel-, Bolzplatz, LKW-Standplatz, Zufahrtswege sowie Müllentsorgung)

zur Diskussion vorlegen.

Um die Bewohner/-innen angemessen zu beteiligen, wird das Dezernat 3 eine Befragung durchführen und hierauf basierend Bewohner/-innen-Versammlungen.